

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem umstrittenen Verkauf von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW durch die Landesbank sind fünf Jahre vergangen – doch noch immer sind die genauen Umstände der Veräußerung an die Patrizia AG nicht vollständig aufgeklärt. Der Verkauf der 33.000 GBW-Wohnungen war ein politischer Fehler und hätte nie stattfinden dürfen. Dann hätten heute 80.000 Mieter weniger Probleme: Ihre Mieten wurden teils massiv erhöht und langjährige Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt, um die Objekte abreißen und neu bauen zu können.



Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Bayerischen Landtag haben wir zusammen mit SPD und Grünen den designierten Ministerpräsidenten Markus Söder aufgefordert, endlich alle Fakten auf den Tisch zu legen.

Wir wollen wissen: Gab es tatsächlich keine Alternative zum Verkauf an den Immobilienriesen aus Augsburg? Denn durch den völlig undurchsichtigen Eigentümerwechsel wurde immenser Schaden für den Freistaat Bayern und die zahlreichen Mieter verursacht. Es ist unbegreiflich, wie der damalige Finanzminister Söder von einer „Sozialcharta XXL“ sprechen konnte, obwohl klar war, dass die Käufer aus dem Deal vor allem Profit schlagen wollten. Dass Söder nun auch noch mit dem Verkauf staatseigener EON-Aktien lächerliche 2.000 neue Wohneinheiten für den sozialen Wohnungsbau finanzieren will, ist zynisch. Ministerpräsident Söder hat aus seinen eigenen Fehlern offensichtlich nichts gelernt. Deshalb wird er sich voraussichtlich schon bald vor einem Untersuchungsausschuss des Landtags verantworten müssen. An einem Fragenkatalog arbeiten wir FREIEN WÄHLER bereits.

Ihr Joachim Hanisch
Kommunalpolitischer Sprecher
Sprecher für Regional- und Landesentwicklung

R ü c k b l i c k

Nach der Wahl von Markus Söder zum neuen bayerischen Ministerpräsidenten hoffen wir FREIEN WÄHLER auf einen **echten Neuanfang im Interesse aller Menschen im Freistaat**. Bayern hat zahlreiche politische Baustellen und ist weit vom „Paradies“ auf Erden entfernt: Noch immer hat die CSU keinen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt, der Wohnraum in den Metropolen ist viel zu teuer und Bayerns Polizisten schieben Millionen Überstunden vor sich her. Uns fehlen Tausende Lehrer, Kinderbetreuungsplätze, Geburtshilfe und Pflege sind in Not – und die Wirtschaft auf dem Land leidet unter Mobilfunklöchern sowie mangelndem schnellem Internet. Söder ist nun gefordert, Politik für die Bürger statt Etikettenschwindel zu machen. Wahlkampf-gags wie dritter Nationalpark, neue ‚Grenzpolizei‘ oder Ausländermaut verunsichern die Menschen. Seehofer war am Freitag zum ersten Mal seit einem halben Jahr wieder im Plenarsaal des Maximilianeums anwesend. Der Freistaat dümpelte in letzter Zeit nahezu führungslos dahin. Wenn wir FREIE WÄHLER der Staatsregierung nicht regelmäßig als Ideengeber für wichtige landespolitische Entscheidungen auf die Sprünge geholfen hätten, wäre unter der desolaten Führung der CSU überhaupt nichts passiert. Nun hoffen wir auf ein Ende der unter Seehofer/CSU gewohnten Symbolpolitik. Die Belange, Sorgen und Nöte der Bevölkerung müssen wieder im Mittelpunkt stehen. Wir FREIE WÄHLER fordern außerdem einen gegenüber der Opposition respektvolleren Regierungsstil.

Eine **sichere Betreuung vor, während und nach der Geburt eines Kindes** ist ein wesentlicher Pfeiler des Gesundheitssystems – deshalb brauchen wir eine verlässliche und flächendeckende Hebammenversorgung in Bayern. In einem Antrag haben wir FREIE WÄHLER in dieser Woche gefordert, dass die nächste Geburtshilfeabteilung nicht weiter als zwanzig Minuten entfernt sein darf – das ist exakt die Fahrdistanz, die auch für einen sicheren Not-Kaiserschnitt nicht überschritten werden soll. Zudem wollen wir einen Haftungsfreistellungsfonds für freiberufliche Hebammen. Nur so können wir den wichtigen Beruf der Geburtshelferin langfristig nachhaltig schützen und stärken. Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Das ist bedauerlich, denn einem reichen Land wie Bayern sollte die optimale Versorgung seiner werdenden Mütter mehr wert sein.

Gleich zwei Minister waren in dieser Woche im **Untersuchungsausschuss „Ei“** als Zeugen geladen: Der beim Ausbruch des Bayern-Ei-Skandals 2014 verantwortliche Umweltminister Dr. Marcel Huber und die geschäftsführende Umweltministerin Ulrike Scharf. Beide weisen eine Mitschuld am Bayern-Ei-Skandal zurück. Doch unserer Meinung nach hat Huber die Dimension des Ausbruchsgeschehens im Sommer 2014 gravierend unterschätzt. Er hat sich blind auf Mitarbeitervermerke verlassen. Spätestens als es um die Warnung der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren ging, hätte der Minister die Entscheidung an sich ziehen müssen. Ähnlich bewerten wir FREIEN WÄHLER die Aussagen von Scharf: Wenn ein derart gravierender Vorfall wie bei ‚Bayern Ei‘ und dessen Folgen die bayerische Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz nicht dazu bewegen, über neue Handlungskonzepte zum Schutz der Bevölkerung nachzudenken, stellt sich die Frage: Welchen Stellenwert nimmt die Gesundheit der Bevölkerung im Ministerium ein? Für uns ist der Fall klar: Die Staatsregierung und auch nachgelagerte Behörden haben die Bevölkerung nicht ausreichend geschützt – trotz früher Kenntnis des Ausbruchsgeschehens.

Auf Druck der FREIEN WÄHLER hat die Staatsregierung in dieser Woche auch über **die Lehrerstellen-Entwicklung in Bayern** informiert. Der Bericht zeigt deutlich, dass der Traum von der demographischen Rendite, auf die man sich so lange zurückgezogen hatte, für Bayern tatsächlich ausgeträumt ist: In den kommenden Jahren wird es zu deutlichen Schülerzuwächsen kommen – und das in ganz Bayern. Umso wichtiger ist eine professionelle Lehrpersonalplanung, wie wir FREIE WÄHLER sie seit Jahren fordern. Tatsache ist aber, dass sich das Ministerium ebenfalls seit Jahren außerstande sieht, eine belastbare Bedarfsplanung auf den Weg zu bringen. Wenn es zu den eigenen Zahlen aus dem Ministerium heißt, „Auch wir haben keine Glaskugel“, ist das eine Bankrotterklärung.

Braucht Bayern einen dritten Nationalpark? – Nicht auf Biegen und Brechen, finden wir FREIEN WÄHLER. Die Nationalpark- Frage wurde diese Woche dennoch erneut im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags diskutiert. Es steht außer Frage, dass wir mehr für Naturschutz und Artenvielfalt tun müssen, aber die Nationalpark-Diskussion der letzten anderthalb Jahre hat uns dabei keinen Schritt weitergebracht. Die Idee eines Nationalparks war nichts weiter als der Versuch von Horst Seehofer, seiner CSU-Regierung ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Geblieben ist davon nur Streit und Ärger in den Regionen. Ein großangelegtes Projekt wie einen Nationalpark kann man nur mit der Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung umsetzen. Weil diese Akzeptanz fehlt, will die CSU auf

ungeeignete Regionen an Rhön, Donau und Isar ausweichen. Sollte hier ein Nationalpark entstehen, würde das Prädikat ‚Nationalpark‘ als Qualitätsmerkmal erster Güte völlig verwässert – das lehnen wir klar ab.

Vorschau

Am Freitag, den 23. März, findet unser Parlamentarischer Abend „**Kommunales Ehrenamt: Zeiträuber oder Gestaltungsmöglichkeit, Generationenwechsel oder Nachwuchssorgen?**“ im Bayerischen Landtag statt. Neben unseren Abgeordneten **Eva Gottstein**, **Nikolaus Kraus** und **Joachim Hanisch** wird auch der Kemptener Jurist und beliebte ehemalige Fernsehrichter **Alexander Hold** auf dem Podium sitzen. Sie möchten gerne dabei sein? Dann können Sie sich [HIER](#) direkt zur Veranstaltung anmelden! Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Impressum

Joachim Hanisch
Hintere Marktstr. 13
92436 Bruck i. d. OPf.
Tel.: 09434 / 901513
joachim.hanisch@fw-landtag.de
www.joachim-hanisch.de